

80 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVII. GP

Bericht des Unterrichtsausschusses

über die Regierungsvorlage (27 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Pflichtschulerhaltungs-Grundsatzgesetz geändert wird

Mit der Novelle des Pflichtschulerhaltungs-Grundsatzgesetzes soll der Ausführungsgesetzgebung die Wahlmöglichkeit eingeräumt werden, für jene Lehrlinge, die ihre Lehrzeit noch nicht beendet haben und durch die vorgeschlagene Schulpflichtgesetz-Novelle zum Weiterbesuch der Berufsschule berechtigt sind, statt des Betriebsstandortes den Wohnort als maßgeblich für die Sprengelangehörigkeit festzusetzen.

Der Unterrichtsausschuß hat die erwähnte Regierungsvorlage in seiner Sitzung am 1. April 1987 in Verhandlung genommen. In der Debatte ergriffen außer dem Berichterstatter die Abgeord-

neten Matzenauer, Klara Motter, Johann Wolf und Brennsteiner das Wort.

Bei der Abstimmung wurde der Gesetzentwurf mit Stimmeneinhelligkeit angenommen.

Bemerkt wird, daß gemäß Art. 14 Abs. 10 B-VG ein dem vorliegenden Gesetzentwurf entsprechendes Bundesgesetz vom Nationalrat nur in Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Mitglieder und mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen beschlossen werden kann.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Unterrichtsausschuß somit den **A n t r a g**, der Nationalrat wolle dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf (27 der Beilagen) die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Wien, 1987 04 01

Dr. Mayer
Berichterstatter

Mag. Schäffer
Obmann